Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern 10 Pf.

Redaktion und Expedition: 153 Fernsprecher 222 Johannisgasse 8.

Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3 (Fernspr. Nr. 4046), L. Lösche, Katharinenstraße 14 (Fernsprecher Nr. 2935) u. Königsplatz 7 (Fernsprecher Nr. 7505).

Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, nach den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz werden entsprechend höher berechnet.
Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Extra-Beilagen (nur mit der Morgen-Ausgabe) nach besonderer Vereinbarung.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 575. **Freitag** den 11. November 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Im Bereich des Bayerischen Bahnhofs zu Leipzig entgleiste gestern nachmittag ein Güterzug. Drei Beamte wurden verletzt. (S. Leipz. Angel.)

* Der in Afghanistan ermordete Direktor der Waffenfabrik des Emirs, Ingenieur Fleischer, war sächsischer Staatsangehöriger und stammte aus Loschwitz bei Dresden. (S. Dtsch. Reich.)

* Königin-Witwe Carola von Sachsen wurde am Mittwoch vom Kaiserpaar empfangen.

* Wegen des andauernd ungünstigen Standes der Reichsfinanzen ist die Regierung fest entschlossen, im nächsten Jahre eine umfassende Reichsfinanzreform durchzuführen.

* Der Bundesrat überwies die lippische Angelegenheit am Donnerstag den zuständigen Ausschüssen. (S. Dtsch. Reich.)

* Bei dem Unwetter in Wien kam eine große Anzahl Personen schwer zu Schaden.

* In Triest haben italienische Kundgebungen stattgefunden, wobei 12 Personen verletzt, 11 verhaftet wurden.

* Die amerikanische Marineverwaltung fordert vom nächsten Kongreß die Ermächtigung zum Bau von 3 Schlachtschiffen, 5 Kreuzern, 6 Torpedobootszerstörern, 6 Torpedobooten; die Gesamtkosten werden über 173 Millionen Mark betragen.

* Nach einem unbestätigten Gerücht aus Tokio soll General Stössel die Japaner um einen Waffenstillstand ersucht haben; jeder Aufschluß über den angeblichen Zweck fehlt. (S. Russ.-jap. Krieg.)

Die Berechtigungen der höheren Lehranstalten.

Eine vom Realgymnasialdirektor Dr. Steinhart, Duisburg, in der „Zeitschrift für lateinische höhere Schulen" veröffentlichte „Tabellarische Uebersicht der Berechtigungen in den einzelnen deutschen Staaten" veranschaulicht recht eindringlich die auf diesem Gebiete bestehenden Ungleichheiten. Die Gleichstellung der höheren Lehranstalten, Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen, welch letztere in Sachsen nicht vorhanden sind und in Bayern einen gewissen Ersatz in den Industrieschulen finden, ist nach dem Vorgange Preußens bisher nur in drei andern deutschen Staaten erfolgt, in Waldeck, Anhalt und in Schwarzburg-Sondershausen.

Das Studium der Theologie ist in allen deutschen Staaten nur vom Gymnasium aus zugänglich und vom Studium der Medizin sind die Abiturienten der Oberrealschulen durch die für das ganze Reich gültige Prüfungsordnung für Aerzte vom 28. Mai 1901 vorläufig noch ausgeschlossen. Gleichgestellt sind die höheren Lehranstalten, in Bayern Mittelschulen genannt, in allen deutschen Bundesstaaten in Bezug auf das Studium der Tierarzneikunde, des Schiffsbaues und des Marinebaufachs, sowie darin, daß das Reifezeugnis einer jeden solchen Anstalt dessen Inhaber von der Ablegung der Fähnrichsprüfung und der Seekadettenprüfung befreit. Zum Eintritt in den höheren Post- und Telegraphendienst sind in Bayern nur Gymnasialabiturienten, in Württemberg neben diesen auch Realgymnasialabiturienten berechtigt. Die juristische Laufbahn ist den Abiturienten der Realgymnasien und der Oberrealschulen verschlossen in Bayern, Sachsen, Baden, Hessen, beiden Mecklenburg, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg und Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, beiden Reuß, beiden Lippe, Lübeck, Bremen, Hamburg und Elsaß-Lothringen. Württemberg hat seinen Realgymnasialabiturienten den Zugang zur juristischen Laufbahn eröffnet. Das Lehrfach der Altphilologie und Geschichte ist in Preußen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Koburg und Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Lübeck, Bremen, Hamburg- und Elsaß-Lothringen den Abiturienten aller höheren Lehranstalten zugänglich, in den übrigen Staaten dagegen nur den Gymnasialabiturienten. Vom Lehrfach der neuen Sprachen sind die Abiturienten der Oberrealschulen ausgeschlossen in Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, beiden Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, beiden Reuß und beiden Lippe. Der Zugang zum Lehrfach der Mathematik und Naturwissenschaften ist den Abiturienten der Oberrealschulen versagt in beiden Mecklenburg, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, beiden Reuß und beiden Lippe. Diese Staaten und außerdem Bayern, Sachsen, Baden und Hessen verweigern den Oberrealschülern auch den Zugang zum Staatsbau- und Maschinenbaufach. Zum höheren Forstfach werden Oberrealschüler nicht zugelassen in Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, beiden Mecklenburg, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg und Schwarzburg-Rudolstadt. Das höhere Bergfach ist in Baden nur Gymnasialabiturienten zugänglich, Bayern, die drei sächsischen Herzogtümer, beide Reuß und beide Lippe verschließen es den Oberrealschülern.

Diese Ungleichheiten auf dem Gebiete des Berechtigungswesens haben natürlich für viele empfindliche Nachteile im Gefolge, und sie zeitigen auch recht widersinnige Zustände. So können preußische und württembergische Realabiturienten an den Landesuniversitäten in Bayern, Sachsen, Baden, Hessen usw. die Rechte studieren, den Realabiturienten dieser Länder ist es dagegen versagt, und sie werden auch an den preußischen und württembergischen Universitäten zum Rechtsstudium nicht zugelassen. In allen größeren Städten des Großherzogtums Hessen hat sich daher ein „Verein für die Gleichstellung der höheren Schulen" gebildet, und auch in anderen deutschen Staaten macht sich eine auf dasselbe Ziel gerichtete Bewegung mehr oder weniger lebhaft bemerkbar. Dies haben insbesondere auch die letzten Landtagsverhandlungen in Sachsen und Bayern recht deutlich bewiesen. K.

Die amerikanische Präsidentschaftswahl.

Vorbereitung auf die zweite Aera.

Eine Reuterdepesche aus Washington, 11. November, meldet: Die Marineverwaltung wird von dem nächsten Kongreß die Ermächtigung zum Bau von drei Schlachtschiffen, fünf Kreuzern, sechs Torpedobootszerstörer, sechs Torpedobooten und zwei Kohlenschiffen verlangen. Die Kosten werden auf 41 300 000 Dollars veranschlagt. — Es ist dies eine so außerordentliche Erhöhung des Marinebudgets, daß dadurch die Friedenskonferenzen des wiedergewählten Präsidenten in eine noch abenteuerlichere Beleuchtung kommen, als sie vorher hatten.

Frankreich und Roosevelts Schiedsrichter-Politik.

Im Pariser Ministerium des Aeußern zeigte man sich von Roosevelts Wahl befriedigt, weil dessen Programm, wie dem „Hamb. Corresp." geschrieben wird, soweit darüber Berichte des Botschafters Jusserand vorliegen, Frankreichs besondere Interessensphären nicht zu berühren scheint. In einem Punkte würde man sich im Auswärtigen Amt mit der Wahlpolitik Roosevelts allerdings nicht befreunden können, falls nämlich der Präsident darf seinem nunmehr noch erhöhten Prestige auf den jüngst fast schüchtern gemachten Schiedsgerichtsvorschlag betreffs des russisch-japanischen Krieges zurückkommen sollte. Diese Möglichkeit besteht, wie man zu wissen glaubt, tatsächlich, und man erwartet noch vor Ende dieses Jahres eine neue Initiative der Washingtoner Regierung, die diesmal von ihren Botschaftern positive Antworten über die Stellung der Mächte zur Friedensfrage verlangen werde. Dann wäre auch das Marinedepartement zur Ausarbeitung der Vorschläge wohl heranzuziehen; die Sache bekäme dann wenigstens einen Sinn.

Der russisch-japanische Krieg.

Russische Prämien.

Wie nach der „M. Z." dem „Standard" aus Petersburg telegraphiert wird, beschloß die russische Regierung, im Auslande Belohnungen für alle Meldungen über den Aufenthalt verdächtiger Schiffe in der Nordsee oder für Mitteilung sonstiger Tatsachen, die mit dem Huller Zwischenfall im Zusammenhang stehen, auszusetzen. Man will Roschdjestwenskys Antwort getreu sein.

Stössel als Petent um Waffenstillstand.

Nach einem Telegramm aus Tokio verlautet, General Stössel habe die Japaner um einen Waffenstillstand ersucht; zu welchem Zwecke, wird nicht angegeben. Eine Bestätigung fehlt bisher, doch „hofft" man in Japan, General Stössel werde kapitulieren, bevor die eigentliche Stadt eingenommen ist. Auf diese Hoffnung ist wohl alles zurückzuführen.

* Tschifu, 10. November. (Reuter.) Nach Aussagen von Chinesen kostet den Japanern die Erstürmung des Forts Iwschan große Verluste. Am morgen des 5. und 6. d. M. wurden heftige Anstürme unternommen, jedoch zurückgeschlagen. Während des zweiten Ansturmes flog eine Granate von Palitschwang über die anderen Hügel in das Fort Iwschan, zerstörte die Kontrollstation der Landminen und verursachte eine Minenexplosion. Die Russen, die die Laufgräben am Rande des minierten Teiles innehatten, verloren 600 bis 700 Tote und Verwundete. Die Japaner hatten die Stelle noch nicht erreicht und entkamen ohne Verluste. Die Japaner rückten an beiden Tagen in voller Stärke vor, wie ihnen nur das Terrain gestattete, hatten aber lange Strecken unter dem Feuer der russischen Maschinengewehre zurückzulegen, wodurch ihre Reihen stark gelichtet wurden.

„Daily Expreß" erfährt aus Tschifu vom 9. November: Die Japaner, die Port Arthur belagern, konzentrieren ihren Angriff nunmehr auf die Forts Liaotischan und am Goldenen Berge. Eine Dschunke, die Port Arthur Montag abend verließ, überbrachte die Meldung, daß eine neue große Feuersbrunst in der Altstadt infolge der japanischen Bombardements wüte. Tatsächlich sollen alle fremden Niederlassungen eingeäschert sein. Das russische Feuer auf den Forts Erlangschan und Ost-Kikwanschan ist zum Schweigen gebracht, von einem Hügel, der drei viertel englische Meile entfernt ist, beschießen die Japaner beständig die Bahnstation. Montag morgen wurden zwei große russische Transportschiffe auf der Rhede durch Beschießung mit schweren Geschossen zum Sinken gebracht. Die Kriegsschiffe sind absolut nutzlos, alle ihre Kanonen wurden auf Befehl Stössels an Land gebracht.

Deutsches Reich.

Leipzig, 10. November.

* **Zur Ermordung des deutschen Ingenieurs Fleischer in Afghanistan.** Das „Dresdener Journal" meldet:

„Von Reuters Bureau wurde die Nachricht übermittelt, daß in Dekkan ein Herr Fleischer, der im Dienste des Emirs von Afghanistan als Direktor der dortigen Waffenfabrik stand, auf einer Reise nach Indien ermordet worden ist. Diese Nachricht ist auch den Angehörigen Fleischers zugegangen. Herr Fleischer war sächsischer Staatsangehöriger, daher hat das königlich sächsische Ministerium des Auswärtigen in Verbindung mit dem Auswärtigen Amt in Berlin sofort Schritte unternommen, um die näheren Tatumstände festzustellen und die Interessen der bedauernswerten Familie zu wahren. Diese Maßregeln begegnen zunächst insofern Schwierigkeiten, als das deutsche Reich in Afghanistan weder eine diplomatische, noch eine konsularische Vertretung besitzt. Nichtsdestoweniger steht zu erwarten, daß das Vorgehen den gewünschten Erfolg haben wird."

Dem „B. L.-A." wird in der Sache noch gemeldet, die Leiche Fleischers sei noch nicht geborgen. Es heißt, daß Fleischer nach einem erregten Wortwechsel mit dem Führer seiner Eskorte von diesem erschossen worden sei. Ueber die Angelegenheit ist der indischen Regierung Bericht erstattet worden, worauf dieser soll bereits eine Untersuchung eingeleitet worden sein. Fleischer ist der Sohn eines lutherischen Pastors und stammt aus Loschwitz bei Dresden.

* **Begnadigung in Majestätsbeleidigungssachen.** Für die wegen Majestätsbeleidigung Verurteilten wird vom Kaiser das Begnadigungsrecht seit einiger Zeit in umfassendster Weise ausgeübt. Wie wir hören, wird dem Begnadigungsgesuch ausnahmslos Folge gegeben, wenn der Verurteilte Bevölkerungsschichten angehört, deren Bildungsgrad und mangelhafte Erziehung ein rohes Wort schnell sprechen lassen; ebenso bei solchen Personen, von denen angenommen werden darf, daß sie sich der Tragweite ihrer Aeußerung gar nicht bewußt waren, oder die sich in einem Zustande befanden, der, wie bei Trunkenheit, die ruhige Ueberlegung ausschließt. Eine generelle Verfügung ist zwar nicht erfolgt, doch herrscht beim preußischen Justizministerium die Praxis, den eingehenden Begnadigungsgesuchen, in Berücksichtigung der oben angeführten Grundsätze, wohlwollendes Entgegenkommen zu widmen und sie an Allerhöchster Stelle zu befürworten.

*

Berlin, 10. November.

* Der Kaiser und die Kaiserin empfingen gestern nachmittag zum Tee den Besuch der Königin Carola von Sachsen. Heute vormittag nahm der Kaiser die Meldung des kommandierenden Generals des 12. Armeekorps v. Broizem entgegen.

* **Der Bundesrat und die lippische Frage.** In der heutigen Sitzung des Bundesrates wurde die Mitteilung der Regierungen von Schaumburg-Lippe und Lippe über den von ihnen abgeschlossenen Schiedsvertrag wegen der schiedsgerichtlichen Erledigung des Thronstreites dem zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Die in dieser Sache bisher offiziös unterrichtete „Post" schreibt dazu:

Wenn alle Vorfragen berücksichtigt werden, geht man wohl nicht fehl in der Annahme, daß im ganzen noch ein halbes Jahr vergehen wird, ehe das Urteil des Schiedsgerichts gesprochen werden kann. Beide Parteien werden sich jedenfalls durch Leipziger Anwälte vertreten lassen. Zu bemerken ist, daß, falls das Urteil des Schiedsgerichts, was allerdings kaum zu erwarten ist, sich gegen die Ansprüche der Biesterfelder richtet, der Grafregent Leopold sofort auch die Regentschaft niederlegen wird. An Bemühungen von hückeburgischer Seite, die Weißenfelder Grafen zum Verzicht auf ihre eventuelle Thronfolgeansprüche zu bewegen, soll es nicht gefehlt haben. Die Vereidigung des Detmolder Bataillons wird in allerkürzester Zeit erfolgen.

* **Vom Reichstag.** Das Arbeitsmaterial des Reichstags, das er bei seinem Wiederzusammentritt vorfindet, ist zwar nicht gering, aber im allgemeinen wenig interessant. Sollte der Reichstag nach seinem Zusammentritt nur das liegengebliebene Material des ersten Tagungsabschnittes aufarbeiten, vorausgesetzt, daß Etat und Handelsverträge noch nicht sofort eingingen, so würden die Verhandlungen kaum aufregend werden. Die unerledigten Vorlagen setzen sich zusammen aus einer Interpellation Auer, betreffend die Außerbetriebsetzung von Kohlengruben im Ruhrrevier, 18 Wahlprüfungsberichten, 17 Petitionsberichten, 27 Vorlagen zur Kenntnisnahme und gegen 70 Initiativanträgen aller Parteien. Diese Sachen sind zur Beratung für das Plenum. In den Kommissionen befinden sich fünf Vorlagen: Gesetz wegen Aenderung des Reichsstempelgesetzes, Gesetz, betreffend Wetten bei öffentlich veranstalteten Pferderennen, Uebersicht über Einnahmen und Ausgaben des ost- und südwestafrikanischen Schutzgebietes, Gesetze, betreffend Aenderungen der Civilprozeßordnung und des Abschnittes IV des Börsengesetzes. Als neue Vorlagen kommen dann hinzu: Etat, Handelsverträge, Heeresvorlage und die Geldforderungen für den südwestafrikanischen Aufstand. — Die Fraktionen des Reichstags werden am 29. November in folgender Stärke einziehen: Deutschkonservative 52 (am 16. Juni bei der Vertagung 53), Reichspartei 21 (21), Deutsche Reformpartei 8 (7), Wirtschaftliche Vereinigung 13 (13), Zentrum 103 (103), Polen 16 (16), Nationalliberale 51 (51), Freisinnige Vereinigung 10 (10), Freisinnige Volkspartei 20 (20), Deutsche Volkspartei 6 (6), Sozialdemokraten 77 (78), bei keiner Fraktion 17 (19). Während der Vertagung haben die Konservativen und die Sozialdemokraten also je ein Mandat, die Wilden 2 Mandate verloren, die Antisemiten ein Mandat gewonnen. Es sind gestorben während der Vertagung: Deppe (d. k. F.) für Schaumburg-Lippe, Fürst Herbert Bismarck (d. k. F.) für 3. Magdeburg, Schmidt-Magdeburg (Soz.) für 7. Magdeburg, niedergelegt hat sein Mandat Dr. Dröscher (kons., 2. Mecklenburg-Schwerin), dessen Mandat von der Wahlprüfungs-Kommission für ungültig erklärt worden war. Ersatzwahl hat bisher nur für Deppe stattgefunden, für den Beustermann (Antis.) gewählt worden ist. Erledigt sind demnach 3 Mandate (3. und 7. Magdeburg und 2. Mecklenburg-Schwerin), bei der Vertagung am 16. Juni waren alle Mandate besetzt.

* **Zur Brausteuervorlage.** Gegenüber der von der „Tageszeitung für Brauerei" gebrachten Mitteilung über den Inhalt der Brausteuernovelle auf Grund der den Mitgliedern des Bundesrats gemachten Vorlage, die die Steuerstaffelung und das Surrogatverbot enthalten soll, erfährt die „Nat.-Ztg." aus einer, angeblich über jeden Zweifel erhabenen Quelle, daß zu einer solchen Beunruhigung vorläufig kein Grund vorliegt. Die Frage der Neuordnung der Brausteuer ist auch heute noch nicht über das Stadium eines vorläufigen unverbindlichen Meinungsaustausches unter den beteiligten Regierungen hinausgediehen. Es wird noch geraume Zeit dauern, bis dem Bundesrat die fertige Vorlage unterbreitet werden kann.

* **Die Kanalkommission** setzte heute ihre Beratungen bei der Linienführung des Dortmund-Rhein-Kanals fort. Ein Zentrumsantrag wünscht auch den Ausbau der Lippe-Linie und zwar nach Inbetriebsetzung der Emscher-Linie. Der Berichterstatter schlägt vor, statt zwei Millionen sechs Millionen Mark für die Bodenerwerbung zur Verfügung zu stellen. Von nationalliberaler Seite wird der Zentrumsantrag unterstützt. Der Finanzminister hat gegen die Erhöhung der Bodenerwerbssumme nichts einzuwenden, spricht sich aber gegen den Ausbau der Lippe-Linie aus; hierzu liege noch keine Veranlassung vor, da der Kohlenbergbau dort noch nicht genügend entwickelt sei. Auch die Freikonservativen schließen sich dem Antrag an, während die Konservativen erklären, daß ihre Bedenken gegen den Dortmund-Emskanal nicht beseitigt seien. Für die Lippe-Linie allein würden sie stimmen, da dies nach der Vorlage nicht gehe, würden sie den Antrag ablehnen. Die Antragsteller betonen, daß ohne die Lippe-Linie keine Mehrheit für die Vorlage zu haben sei. Darauf trat die Mittagspause ein.

* **Zur angeblichen Kaiserzusammenkunft.** Das „B. T." schwächt jetzt seine gestrige Meldung von einer Kaiserzusammenkunft in Skiernievice selbst ab. Es läßt sich heute aus Petersburg melden, daß es sich mehr um ein in dortigen Regierungskreisen kursierendes Gerücht handle, das aber von den Hofkreisen als gegenstandslos bezeichnet werde.

* **Burenansiedelung in Deutsch-Ostafrika.** Im Gebiete des Kilimandscharo ist eine Burenansiedelung im Entstehen begriffen. Oberleutnant Abel reiste am 15. Okt. von Dar-es-Salaam nach dem Meruberge, um dort Land zu vermessen und die Buren anzusiedeln.

— Eine neue Unternehmung des Herrn Scherl. In der „Germania" lesen wir: In Wien erzählt man sich, daß jüngst Herr August Scherl (aus Berlin) sich persönlich nach Wien bemüht habe, um dort die Tageszeitung „Die Zeit" für seinen Verlag zu erwerben, und daß die bezüglichen Verträge bereits perfekt geworden seien.

*

* **Breslau**, 10. November. Nach der „Schles. Volksz." wurde der Landrat des Kreises Löwenberg, von Forsen, wegen tätlichen Renkontres mit dem Kreisbaumeister durch den Regierungspräsidenten vom Amte suspendiert.

W. **Stuttgart**, 9. November. Die Abgeordnetenkammer hat gestern die Einzelberatung der neuen Gemeindeordnung begonnen. Ein Antrag der Sozialdemokraten, der darauf abzielte, die sogenannte „Einwohnergemeinde" an Stelle der bestehenden „Bürgergemeinde" in das Gesetz zu bringen, wurde mit größter Mehrheit abgelehnt. Die Volkspartei hat eine Interpellation eingebracht, um Auskunft über die Verhandlungen in Betreff der Betriebsmittelgemeinschaft deutscher Eisenbahnen zu erlangen. — Zur Beratung der Verfassungsrevision wird der weitere Ausschuß zusammentreten, sobald der Entwurf der Regierung vorliegt. — Dem preußischen Kriegsminister Generalleutnant v. Einem verlieh der König das Großkreuz des Friedrichsordens.

* **Stuttgart**, 10. November. Die Deutsche (natlib.) Partei Württembergs hat infolge Uebersiedelung ihres bisherigen ersten Vorsitzenden Dr. Schall als Rechtsanwalt an das Reichsgericht zum ersten Vorsitzenden der Partei den Reichstags- und Landtagsabgeordneten Dr. Hieber gewählt, der sich wenigstens bis auf weiteres zur Uebernahme des Vorsitzes bereit erklärte. Zum ersten und zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden wurden einstimmig die Herren Kommerzienrat Schiedmayer in Stuttgart und Fabrikant Kübel in Cannstatt gewählt.

* **Nürnberg**, 10. November. Der noch Verübung zahlreicher Schwindeleien vor mehreren Monaten von hier flüchtig gewordene Redakteur der konservativen „Süddeutschen Landpost" Gebert ist jetzt hier verhaftet worden.